

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

136. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 27. Oktober 2011

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 14:

- a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes** (Drucksachen 17/6925, 17/7172, 17/7513)
- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses
 - zu dem Antrag der Fraktion der SPD: **Evaluierung befristeter Sicherheitsgesetze**
 - zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Wieland, Dr. Konstantin von Notz, Jerzy Montag, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: **Evaluierung von Sicherheitsgesetzen – Kriterien einheitlich regeln, Unabhängigkeit wahren**
(Drucksachen 17/5483, 17/3687, 17/7513)

Petra Pau (DIE LINKE): Vor kurzem haben sich die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA zum zehnten Mal geäußert. Damals wurden auch im Deutschen Bundestag zahlreiche Sicherheitsgesetze beschlossen. In Anlehnung an Bundesinnenminister Schily hießen sie „Otto-Pakete“. Dazu gehörten auch weitgehende Befugnisse für den Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz. Ich hatte dies damals schon abgelehnt; denn sie bedeuteten praktisch immer Eingriffe in verbriefte Bürgerrechte.

Alle anderen Fraktionen, CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne waren bzw. sind an diesen Gesetzen beteiligt. Das gehört zur Geschichte und zum Umfeld der aktuellen Aussprache. Denn auch heute geht es um Befugnisse für geheime Dienste. Sie sollen fortgeschrieben und erweitert werden. Die Linke wird erneut mit Nein stimmen. Wir sind in der Sache dagegen, ebenso ob des eingeschlagenen Verfahrens. Denn bevor überhaupt über eine Verlängerung und Erweiterung geheimdienstlicher Befugnisse gesprochen wird, sollten die bislang geltenden Gesetze evaluiert werden. Das ist praktisch nie passiert, jedenfalls nicht durch unabhängige Gutachter.

Mit den Terroranschlägen vor zehn Jahren wurde ein Ausnahmezustand begründet. Mit dem vorliegenden Gesetz versucht die Bundesregierung, diese Ausnahme zur Regel zu machen, und das mit Zustimmung der FDP. In das selbst beanspruchte Bild einer Freiheitsstatue Deutschlands passt das nicht – im Gegenteil.

Jetzt gab es eine Expertenanhörung im Innenausschuss. Ich lasse einmal die Gutachter weg, die irgendwie mit dem Bundesinnenministerium oder den betroffenen Diensten verhandelt sind. Alle anderen bemängelten, dass Bürgerrechte überhaupt keine Rolle gespielt haben und dass die Kontrolle der Geheimdienste mit ihren Befugnissen nicht Schritt hält. Nun habe ich zur Möglichkeit, Geheimdienste überhaupt kontrollieren zu können, ohnehin eine andere Auffassung als viele hier. Aber das will ich jetzt gar nicht vertiefen. Ich finde nur: Geheim arbeitende Dienste, die sich nur schwer oder gar nicht in die Karten gucken lassen, darf eine Demokratie nicht mit immer mehr Befugnissen ausstatten.

Die umstrittenen Gesetze waren mit einer Frist versehen. Sie läuft zum 31. Dezember 2011 ab. Die zugesagte unabhängige Evaluierung fand nicht statt. Es gibt also keinen sachlichen Grund, die Laufzeit der Gesetze erneut zu verlängern und sie auch noch anzureichern. Es gibt hingegen gute politische Gründe, genau das abzulehnen. Die Linke tut es.